

DIE UN- FRAUENRECHTS- KONVENTION

- C Convention on the
- E Elimination of All Forms of
- D Discrimination
- A Against
- W Women



CEDAW ALLIANZ
DEUTSCHLAND

IMPRESSUM

Herausgegeben von:

CEDAW-Allianz Deutschland

c/o Deutscher Frauenrat e.V.

Tempelhofer Ufer 11

10963 Berlin

www.frauenrat.de

Layout: Alina Siebert

Druck: Pinguin Druck

Stand: Dezember 2025



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

INHALT

GRUSSWORT 8

Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien

EINLEITUNG 12

CEDAW-Allianz Deutschland

UN-FRAUENRECHTSKONVENTION IM WORTLAUT 16

PRÄAMBEL 16

TEIL I: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN UND VERPFLICHTUNGEN 24

Art. 1 Definition Diskriminierung der Frau 24

Art. 2 Ergreifen geeigneter Maßnahmen zur Beseitigung von Diskriminierung 25

Art. 3 Gewährleistung voller Entfaltung und Förderung 28

Art. 4 Zeitweilige Sondermaßnahmen zum schnelleren Erreichen von De-facto-Gleichstellung 28

Art. 5 Maßnahmen zum Wandel, Rollenmuster, Abbau Stereotypen 29

Art. 6 Frauenhandel und Ausbeutung, Prostitution 31

TEIL II: BESONDERE BESTIMMUNGEN 32

Art. 7 Teilhabe im öffentlichen und politischen Leben 32

Art. 8 Partizipation auf internationaler Ebene und in Gremien 33

Art. 9 Staatsangehörigkeit (Rechte Frauen und ihrer Kinder) 34

TEIL III: BESONDERE BESTIMMUNGEN 36

Art. 10 Bildung 36

Art. 11 Arbeitsleben 39

Art. 12 Gesundheit 43

Art. 13	Soziales und wirtschaftliches Leben, Kultur und Sport	44
Art. 14	Frauen auf dem Lande	45

TEIL IV: BESONDERE BESTIMMUNGEN 50

Art. 15	Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsfähigkeit, Freizügigkeit	50
Art. 16	Gleichstellung der Frau in Ehe und Familie	51

TEIL V: VERFAHRENS-, FRIST- UND VERTRAGS- BESTIMMUNGEN UND AUFGABEN CEDAW-AUSSCHUSS 56

Art. 17	CEDAW-Ausschuss	56
Art. 18	Berichtswesen	61
Art. 19	Geschäftsordnung und Vorstand des Ausschusses	62
Art. 20	Sitzungen des Ausschusses	62
Art. 21	Berichte des Ausschusses	63
Art. 22	Sonderorganisationen	64

TEIL VI: VERFAHRENS-, FRIST- UND VERTRAGS- BESTIMMUNGEN UND AUFGABEN CEDAW-AUSSCHUSS 66

Art. 23	Vorrangige Geltung besserer nationaler Bestimmungen	66
Art. 24	Verpflichtung zum Ergreifen und zur Umsetzung von Maßnahmen	67
Art. 25	Zeichnung und Beitritt	67
Art. 26	Revision	68
Art. 27	Inkrafttreten	69
Art. 28	Vorbehalte	70
Art. 29	Schiedsverfahren	71
Art. 30	Authentische Sprachen	72

KURZINFO: DAS FAKULTATIVPROTOKOLL 74

WEITERFÜHRENDE QUELLEN UND LINKS 76

DIE CEDAW-ALLIANZ DEUTSCHLAND 77

GRUSSWORT



**Bundesministerin für Bildung,
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend, Karin Prien**

Liebe Leserinnen und Leser,

Frauenrechte sind Menschenrechte und Herzstück unserer Demokratie! Als die Regelungen der UN-Frauenrechtskonvention

1985 in Deutschland ratifiziert wurden, klang das noch nicht so selbstverständlich wie heute. Das „Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ (CEDAW) verpflichtet Vertragsstaaten zur Gleichstellung von Frauen – und zwar in allen Lebensbereichen.

Seit 40 Jahren ist die UN-Frauenrechtskonvention jetzt geltendes Recht in Deutschland. In dieser Zeit wurden viele Fortschritte erreicht, darunter Schlaglichter wie die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe oder gesetzliche Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen. Dank Entgelttransparenzgesetz können Frauen ihren Anspruch auf gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit künftig besser durchsetzen.

CEDAW ist das wichtigste internationale Instrument zum Schutz der Menschenrechte von Frauen. Das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert deshalb anlässlich des Jubiläums die vorliegende Broschüre. Denn es ist wichtig, die UN-Frauenrechtskonvention weiter bekannt zu machen: Es reicht nämlich nicht, nur Rechte zu haben; es ist nötig, sie zu kennen und immer wieder aktiv einzufordern. Deshalb ist

auch das CEDAW-Fakultativprotokoll, das Einzelpersonen ein Recht auf Beschwerde einräumt, so wichtig.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche und gewinnbringende Lektüre dieses bedeutenden Dokuments. Und uns allen viel Erfolg dabei, die Umsetzung der UN Frauenrechtskonvention in der Wirklichkeit weiter voran zu bringen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K. Prien', with a stylized flourish at the end.

Karin Prien,
Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

EINLEITUNG

CEDAW-Allianz Deutschland

Die UN-Frauenrechtskonvention CEDAW ist das wichtigste Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen für Frauen und in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Sie verpflichtet die Vertragsstaaten nicht nur dazu, die Rechte von Frauen und Mädchen juristisch anzuerkennen (de jure), sondern zur tatsächlichen Verwirklichung substanzieller Gleichstellung (de facto). Diskriminierung muss demnach nicht beabsichtigt sein, um als solche zu gelten – es reicht aus, dass der Effekt eine Einschränkung bedeutet (Art. 1). Die Frauenrechtskonvention verbietet Diskriminierung durch staatliche Stellen genauso wie durch Privatpersonen, Unternehmen oder Organisationen (Art. 2). Sie verpflichtet dazu, Vorurteile und stereotype Geschlechterrollen zu beseitigen

(Art. 5) und berücksichtigt damit historisch gewachsene, strukturelle Machtverhältnisse. Um diese auszugleichen, erlaubt sie explizit Vorzugsbehandlungen (Art. 4).

Der CEDAW-Ausschuss der Vereinten Nationen prüft den Fortschritt in den Vertragsstaaten in regelmäßigen Staatenberichtsverfahren, die er mit Empfehlungen für eine konsequente Umsetzung abschließt. Er veröffentlicht zudem Allgemeine Empfehlungen, die die Artikel und Bestimmungen der Konvention konkretisieren und ihre Auslegung an aktuelle Entwicklungen anpassen.

Seit der Ratifizierung durch die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1985 gilt die UN-Frauenrechtskonvention im Rang eines Bundesgesetzes. Damit ist sie für alle politischen Ebenen verbindlich. Trotz diverser Fortschritte bleibt für die vollumfängliche Umsetzung der Frauenrechte in allen

Lebensbereichen noch viel zu tun. Denn obwohl die Frauenrechtskonvention bereits seit Jahrzehnten in Deutschland gilt, ist sie wenig bekannt.

Mit dieser Veröffentlichung des Konventionstextes* soll das Bewusstsein für die umfangreichen Maßgaben der Frauenrechtskonvention geschärft und so ihre Wirkkraft erhöht werden. Im Folgenden sind die einzelnen Artikel als praktisches Nachschlagewerk veröffentlicht. Die Überschriften der einzelnen Teile sowie Artikel sind dabei nicht Teil des Originaltextes, sondern wurden nach dem BMFSFJ-Handbuch „Mit RECHT zur Gleichstellung!“ (2. Auflage April 2023, S. 8 f.) benannt.

*Im Wortlaut der amtlichen Übersetzung, Bundesgesetzblatt BGBl. II 1985, Seite 647 ff.

UN-FRAUENRECHTS-KONVENTION IM WORTLAUT

Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –
im Hinblick darauf, dass die Charta der Vereinten Nationen den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt;

im Hinblick darauf, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte den Grundsatz der Unzulässigkeit der Diskriminierung bekräftigt und feierlich feststellt, dass alle Menschen frei und an Würde und Rechten gleich geboren sind und dass jeder ohne irgendeinen Unterschied, einschließlich

eines Unterschieds aufgrund des Geschlechts, Anspruch hat auf alle in der genannten Erklärung aufgeführten Rechte und Freiheiten;

im Hinblick darauf, dass die Vertragsstaaten der Internationalen Menschenrechtspakte verpflichtet sind, die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung aller wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte sicherzustellen;

in Anbetracht der unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen geschlossenen internationalen Übereinkommen zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau;

im Hinblick ferner auf die Entschlüsse, Erklärungen und Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Sonder-

organisationen zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau;

jedoch besorgt darüber, dass die Frau trotz dieser verschiedenen Urkunden noch immer weitgehend diskriminiert wird;

unter Hinweis darauf, dass die Diskriminierung der Frau die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Achtung der Menschenwürde verletzt, die Frauen daran hindert, unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen, das Wachstum des Wohlstands von Gesellschaft und Familie hemmt und der Frau die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten im Dienste ihres Landes und der Menschheit erschwert;

besorgt darüber, dass dort, wo Armut herrscht, Frauen beim Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitseinrichtungen, Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie bei der Befriedigung sonstiger Bedürfnisse am ehesten benachteiligt werden;

in der Überzeugung, dass die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung auf der Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit wesentlich zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen wird;

nachdrücklich darauf hinweisend, dass die Beseitigung der Apartheid, jeder Form von Rassismus, Rassendiskriminierung, Kolonialismus, Neokolonialismus, Aggression, ausländischer Besetzung und Fremdherrschaft sowie von Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten für die volle Ausübung der Rechte von Mann und Frau unerlässlich ist;

in Bekräftigung dessen, dass die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die internationale Entspannung, die Zusammenarbeit zwischen allen Staaten ungeachtet ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die allgemeine und vollständige Abrüstung – insbesondere die nukleare Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle –, die Durchsetzung der Grundsätze der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die Verwirklichung des Rechts der unter Fremd- und Kolonialherrschaft sowie ausländischer Besetzung lebenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie die Achtung der nationalen Souveränität und der territorialen Unversehrtheit den sozialen Fortschritt und die soziale Entwicklung fördern und somit zur Verwirklichung der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen werden;

überzeugt, dass die größtmögliche und gleichberechtigte Mitwirkung der Frau in allen Bereichen Voraussetzung für die vollständige Entwicklung eines Landes, für das Wohlergehen der Welt und für die Sache des Friedens ist;

eingedenk des bisher noch nicht voll anerkannten bedeutenden Beitrags der Frau zum Wohlergehen der Familie und zur Entwicklung der Gesellschaft, der sozialen Bedeutung der Mutterschaft und der Rolle beider Elternteile in der Familie und bei der Kindererziehung sowie in dem Bewusstsein, dass die Rolle der Frau bei der Fortpflanzung kein Grund zur Diskriminierung sein darf und dass die Kindererziehung eine Aufgabe ist, die sich Mann und Frau sowie die Gesellschaft insgesamt teilen müssen;

in dem Bewusstsein, dass sich die traditionelle Rolle des Mannes und die Rolle der Frau in der Gesellschaft und in der

Familie wandeln müssen, wenn die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau erreicht werden soll;

entschlossen, die in der Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau niedergelegten Grundsätze zu verwirklichen und zu diesem Zweck die zur Beseitigung jeder Form und Erscheinungsweise einer solchen Diskriminierung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen –
sind wie folgt übereingekommen:

TEIL I:

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN UND VERPFLICHTUNGEN

Art. 1 Definition Diskriminierung der Frau

In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „Diskriminierung der Frau“ jede mit dem Geschlecht begründete Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zur Folge oder zum Ziel hat, dass die auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau gegründete Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Frau – ungeachtet ihres Familienstands – im politischen,

wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder jedem sonstigen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird.

Art. 2 Ergreifen geeigneter Maßnahmen zur Beseitigung von Diskriminierung

Die Vertragsstaaten verurteilen jede Form von Diskriminierung der Frau; sie kommen überein, mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu verfolgen, und verpflichten sich zu diesem Zweck

- a) den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau in ihre Staatsverfassung oder in andere geeignete Rechtsvorschriften aufzunehmen, sofern sie dies noch nicht getan haben, und durch gesetzgeberische und

sonstige Maßnahmen für die tatsächliche Verwirklichung dieses Grundsatzes zu sorgen;

- b)** durch geeignete gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen, gegebenenfalls auch Sanktionen, jede Diskriminierung der Frau zu verbieten;
- c)** den gesetzlichen Schutz der Rechte der Frau auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit dem Mann zu gewährleisten und die Frau durch die zuständigen nationalen Gerichte und sonstigen öffentlichen Einrichtungen wirksam vor jeder diskriminierenden Handlung zu schützen;
- d)** Handlungen oder Praktiken zu unterlassen, welche die Frau diskriminieren, und dafür zu sorgen, dass alle

staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln;

- e)** alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau durch Personen, Organisationen oder Unternehmen zu ergreifen;
- f)** alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung aller bestehenden Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken zu treffen, die eine Diskriminierung der Frau darstellen;
- g)** alle innerstaatlichen strafrechtlichen Vorschriften aufzuheben, die eine Diskriminierung der Frau darstellen.

Art. 3 Gewährleistung voller Entfaltung und Förderung

Die Vertragsstaaten treffen auf allen Gebieten, insbesondere auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung und Förderung der Frau, damit gewährleistet wird, dass sie die Menschenrechte und Grundfreiheiten gleichberechtigt mit dem Mann ausüben und genießen kann.

Art. 4 Zeitweilige Sondermaßnahmen zum schnelleren Erreichen von De-facto-Gleichstellung

- (1) Zeitweilige Sondermaßnahmen der Vertragsstaaten zur beschleunigten Herbeiführung der De-facto-Gleichberechtigung von Mann und Frau gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens,

dürfen aber keinesfalls die Beibehaltung ungleicher oder gesonderter Maßstäbe zur Folge haben; diese Maßnahmen sind aufzuheben, sobald die Ziele der Chancengleichheit und Gleichbehandlung erreicht sind.

- (2) Sondermaßnahmen der Vertragsstaaten – einschließlich der in diesem Übereinkommen genannten Maßnahmen – zum Schutz der Mutterschaft gelten nicht als Diskriminierung.

Art. 5 Maßnahmen zum Wandel, Rollenmuster, Abbau Stereotypen

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen,

- a) um einen Wandel in den sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Mann und Frau zu bewirken, um so zur

Beseitigung von Vorurteilen sowie von herkömmlichen und allen sonstigen auf der Vorstellung von der Unterlegenheit oder Überlegenheit des einen oder anderen Geschlechts oder der stereotypen Rollenverteilung von Mann und Frau beruhenden Praktiken zu gelangen;

- b)** um sicherzustellen, dass die Erziehung in der Familie zu einem richtigen Verständnis der Mutterschaft als einer sozialen Aufgabe und zur Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung von Mann und Frau für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder beiträgt, wobei davon ausgegangen wird, dass das Interesse der Kinder in allen Fällen vorrangig zu berücksichtigen ist.

Art. 6 Frauenhandel und Ausbeutung, Prostitution

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Abschaffung jeder Form des Frauenhandels und der Ausbeutung der Prostitution von Frauen.

TEIL II

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Art. 7 Teilhabe im öffentlichen und politischen Leben

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im politischen und öffentlichen Leben ihres Landes und gewährleisten insbesondere allen Frauen in gleicher Weise wie den Männern

- a) das Stimmrecht bei allen Wahlen und Volksabstimmungen sowie das passive Wahlrecht für alle öffentlich gewählten Gremien;
- b) das Recht auf Mitwirkung an der Ausarbeitung der Regierungspolitik und deren Durchführung sowie auf

Bekleidung öffentlicher Ämter und auf Wahrnehmung aller öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit;

- c) das Recht auf Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen.

Art. 8 Partizipation auf internationaler Ebene und in Gremien

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männer und ohne Diskriminierung die Möglichkeit haben, ihre Regierung auf internationaler Ebene zu vertreten und an der Arbeit internationaler Organisationen mitzuwirken.

- (1) Die Vertragsstaaten gewähren Frauen die gleichen Rechte wie Männern hinsichtlich des Erwerbs, des Wechsels oder der Beibehaltung der Staatsangehörigkeit. Insbesondere stellen die Vertragsstaaten sicher, dass weder durch Eheschließung mit einem Ausländer noch durch Wechsel der Staatsangehörigkeit des Ehemanns im Laufe der Ehe ohne Weiteres sich die Staatsangehörigkeit der Frau ändert, diese staatenlos wird oder ihr die Staatsangehörigkeit ihres Mannes aufgezwungen wird.
- (2) Die Vertragsstaaten gewähren Frauen die gleichen Rechte wie Männern im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder.

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Art. 10 Bildung

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau, um ihr im Bildungsbereich die gleichen Rechte wie dem Mann zu gewährleisten und auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau insbesondere Folgendes sicherzustellen:

- a) Gleiche Bedingungen bei der Berufsberatung, bei der Zulassung zum Unterricht und beim Erwerb von Zeugnissen an Bildungseinrichtungen jeder Art sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten; diese Gleichberechtigung gilt im Hinblick auf Vorschulen,

allgemeinbildende Schulen, Fachschulen, allgemeine und technische Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich sowie für jede Art der Berufsausbildung;

- b) Zulassung zu denselben Bildungsprogrammen und Prüfungen sowie Lehrkräften mit gleichwertigen Qualifikationen und zu Schulanlagen und Schulausstattungen derselben Qualität;
- c) Beseitigung jeder stereotypen Auffassung in Bezug auf die Rolle von Mann und Frau auf allen Bildungsebenen und in allen Unterrichtsformen durch Förderung der Koedukation und sonstiger Erziehungsformen, die zur Erreichung dieses Zieles beitragen, insbesondere auch durch Überarbeitung von Lehrbüchern und Lehrplänen und durch Anpassung der Lehrmethoden;

- d) Chancengleichheit bei der Erlangung von Stipendien und sonstigen Ausbildungsbeihilfen;
- e) gleiche Möglichkeiten des Zugangs zu Weiterbildungsprogrammen, darunter Programme für erwachsene Analphabeten und zur funktionellen Alphabetisierung, insbesondere zur möglichst baldigen Verringerung jeden Bildungsgefälles zwischen Mann und Frau;
- f) Verringerung des Prozentsatzes von Frauen, die ihre Ausbildung abbrechen, sowie Veranstaltung von Programmen für Mädchen und Frauen, die vorzeitig von der Schule abgegangen sind;
- g) gleiche Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme an Sport und Leibesübungen;

- h) Zugang zu spezifischen Bildungsinformationen, die zur Gesunderhaltung und zum Wohlergehen der Familie beitragen, einschließlich Aufklärung und Beratung in Bezug auf die Familienplanung.

Art. 11 **Arbeitsleben**

- (1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Berufsleben, um ihr auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau gleiche Rechte zu gewährleisten, insbesondere
 - a) das Recht auf Arbeit als unveräußerliches Recht jedes Menschen;

- b)** das Recht auf dieselben Arbeitsmöglichkeiten, einschließlich der Anwendung derselben Auswahlkriterien bei der Einstellung;
- c)** das Recht auf freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf beruflichen Aufstieg, Arbeitsplatzsicherheit und alle Leistungen und Arbeitsbedingungen sowie das Recht auf Berufsausbildung und Umschulung, einschließlich einer Lehre, der Berufsfortbildung und der ständigen Weiterbildung;
- d)** das Recht auf gleiches Entgelt, einschließlich sonstiger Leistungen, und auf Gleichbehandlung bei gleichwertiger Arbeit sowie Gleichbehandlung bei der Bewertung der Arbeitsqualität;

- e)** das Recht auf soziale Sicherheit, insbesondere auf Leistungen bei Eintritt in den Ruhestand, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und im Alter oder bei sonstiger Arbeitsunfähigkeit sowie das Recht auf bezahlten Urlaub;
 - f)** das Recht auf Schutz der Gesundheit und auf Sicherheit am Arbeitsplatz, einschließlich des Schutzes der Fortpflanzungsfähigkeit.
- (2)** Um eine Diskriminierung der Frau wegen Eheschließung oder Mutterschaft zu verhindern und ihr ein wirksames Recht auf Arbeit zu gewährleisten, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen
- a)** zum – mit der Androhung von Sanktionen verbundenen – Verbot der Entlassung wegen Schwangerschaft oder

Mutterschaftsurlaubs sowie der Diskriminierung aufgrund des Familienstands bei Entlassungen;

- b)** zur Einführung des bezahlten oder mit vergleichbaren sozialen Vorteilen verbundenen Mutterschaftsurlaubs ohne Verlust des bisherigen Arbeitsplatzes, des Dienstalters oder sozialer Zulagen;
- c)** zur Förderung der Bereitstellung der erforderlichen unterstützenden Sozialdienste, die es Eltern ermöglichen, ihre Familienpflichten mit ihren beruflichen Aufgaben und mit der Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren, insbesondere durch Förderung der Errichtung und des Ausbaus eines Netzes von Einrichtungen zur Kinderbetreuung;

- d)** zur Gewährung besonderen Schutzes für Frauen während der Schwangerschaft bei Beschäftigungsarten, die sich als schädlich für Schwangere erwiesen haben.
- (3)** Die Gesetze zum Schutz der Frau in den in diesem Artikel genannten Bereichen werden in regelmäßigen Abständen anhand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse überprüft und erforderlichenfalls geändert, aufgehoben oder erweitert.

Art. 12 **Gesundheit**

- (1)** Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Bereich des Gesundheitswesens, um der Frau gleichberechtigt mit dem Mann Zugang zu den Gesundheitsdiensten,

einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit der Familienplanung, zu gewährleisten.

- (2)** Unbeschadet des Absatzes 1 sorgen die Vertragsstaaten für angemessene und erforderlichenfalls unentgeltliche Betreuung der Frau während der Schwangerschaft sowie während und nach der Entbindung und für eine ausreichende Ernährung während der Schwangerschaft und der Stillzeit.

Art. 13 Soziales und wirtschaftliches Leben, Kultur und Sport

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in anderen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, um der

Frau nach dem Gleichheitsgrundsatz die gleichen Rechte wie dem Mann zu gewährleisten, insbesondere

- a)** das Recht auf Familienbeihilfen;
- b)** das Recht, Bankdarlehen, Hypotheken und andere Finanzkredite aufzunehmen;
- c)** das Recht auf Teilnahme an Freizeitbeschäftigungen, Sport und allen Aspekten des kulturellen Lebens.

Art. 14 Frauen auf dem Lande

- (1)** Die Vertragsstaaten berücksichtigen die besonderen Probleme der Frauen auf dem Lande und die wichtige Rolle dieser Frauen für das wirtschaftliche Überleben ihrer Familien, einschließlich ihrer Arbeit in nicht-

monetären Wirtschaftsbereichen, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen dieses Übereinkommens auch auf Frauen in ländlichen Gebieten Anwendung finden.

- (2)** Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in ländlichen Gebieten, um dafür zu sorgen, dass sie gleichberechtigt mit dem Mann an der ländlichen Entwicklung und an den sich daraus ergebenden Vorteilen teilhaben kann, und gewährleisten ihr insbesondere das Recht auf
- a)** Mitwirkung – auf allen Ebenen – an der Aufstellung und Durchführung von Entwicklungsplänen;
 - b)** Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, einschließlich Aufklärungs- und Beratungsdiensten und

sonstigen Einrichtungen auf dem Gebiet der Familienplanung;

- c)** unmittelbare Leistungen aus Programmen der sozialen Sicherheit;
- d)** schulische und außerschulische Ausbildung und Bildung jeder Art, einschließlich funktioneller Alphabetisierung, sowie die Nutzung aller Gemeinschafts- und Volkshochschulen, insbesondere zur Erweiterung ihres Fachwissens;
- e)** Organisation von Selbsthilfegruppen und Genossenschaften zur Erlangung wirtschaftlicher Chancengleichheit durch selbstständige oder unselbstständige Arbeit;

- f)** Teilnahme an allen Gemeinschaftsbetätigungen;
- g)** Zugang zu landwirtschaftlichen Krediten und Darlehen, Vermarktungseinrichtungen und geeigneten Technologien sowie Gleichbehandlung im Rahmen von Boden- und Agrarreformen und ländlichen Umsiedlungsaktionen;
- h)** angemessene Lebensbedingungen, insbesondere im Hinblick auf Wohnung, sanitäre Einrichtungen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen.

TEIL IV

BESONDERE BESTIMMUNGEN

Art. 15 Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsfähigkeit, Freizügigkeit

- (1) Die Vertragsstaaten stellen die Frau dem Mann vor dem Gesetz gleich.
- (2) Die Vertragsstaaten gewähren der Frau in zivilrechtlichen Fragen dieselbe Rechtsfähigkeit wie dem Mann und dieselben Möglichkeiten zur Ausübung dieser Rechtsfähigkeit. Insbesondere räumen sie der Frau gleiche Rechte in Bezug auf den Abschluss von Verträgen und die Verwaltung von Vermögen ein und gewähren ihr Gleichbehandlung in allen Stadien gerichtlicher Verfahren.

- (3) Die Vertragsstaaten kommen überein, dass alle Verträge und alle sonstigen Privaturkunden, deren Rechtswirkung auf die Einschränkung der Rechtsfähigkeit der Frau gerichtet ist, nichtig sind.
- (4) Die Vertragsstaaten gewähren Männern und Frauen die gleichen Rechte hinsichtlich der Rechtsvorschriften über die Freizügigkeit und die freie Wahl ihres Aufenthaltsorts und ihres Wohnsitzes.

Art. 16 Gleichstellung der Frau in Ehe und Familie

- (1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in Ehe- und Familienfragen und gewährleisten auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau insbesondere folgende Rechte:

- a) gleiches Recht auf Eheschließung;
- b) gleiches Recht auf freie Wahl des Ehegatten sowie auf Eheschließung nur mit freier und voller Zustimmung;
- c) gleiche Rechte und Pflichten in der Ehe und bei deren Auflösung;
- d) gleiche Rechte und Pflichten als Eltern, ungeachtet ihres Familienstands, in allen ihre Kinder betreffenden Fragen; in jedem Fall sind die Interessen der Kinder vorrangig zu berücksichtigen;
- e) gleiches Recht auf freie und verantwortungsbewusste Entscheidung über Anzahl und Altersunterschied ihrer Kinder sowie auf Zugang zu den zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Informationen, Bildungseinrichtungen und Mitteln;

- f) gleiche Rechte und Pflichten in Fragen der Vormundschaft, Pflegschaft, Personen- und Vermögenssorge, Adoption von Kindern oder ähnlichen Rechtseinrichtungen, soweit das innerstaatliche Recht derartige Rechtsinstitute kennt; in jedem Fall sind die Interessen der Kinder vorrangig zu berücksichtigen;
- g) die gleichen persönlichen Rechte als Ehegatten, einschließlich des Rechts auf Wahl des Familiennamens, eines Berufs und einer Beschäftigung;
- h) gleiche Rechte beider Ehegatten hinsichtlich des Eigentums an Vermögen und dessen Erwerb, Bewirtschaftung, Verwaltung und Nutzung sowie der Verfügung darüber, gleichviel ob unentgeltlich oder gegen Entgelt.

- (2) Die Verlobung und Eheschließung eines Kindes haben keine Rechtswirksamkeit; es werden alle erforderlichen Maßnahmen, einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen, ergriffen, um ein Mindestalter für die Eheschließung festzulegen und die Eintragung der Eheschließung in ein amtliches Register zur Pflicht zu machen.

VERFAHRENS-, FRIST- UND VERTRAGSBESTIMMUNGEN UND AUFGABEN CEDAW-AUSSCHUSS

Art. 17 CEDAW-Ausschuss

- (1) Zur Prüfung der Fortschritte bei der Durchführung dieses Übereinkommens wird ein (im Folgenden als „Ausschuss“ bezeichneter) Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau eingesetzt; er besteht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens aus 18, nach Ratifikation oder Beitritt des 35. Vertragsstaats aus 23 Sachverständigen von hohem sittlichen

Rang und großer Sachkenntnis auf dem von dem Übereinkommen erfassten Gebiet. Die Sachverständigen werden von den Vertragsstaaten unter ihren Staatsangehörigen ausgewählt und sind in persönlicher Eigenschaft tätig; dabei ist auf eine gerechte geografische Verteilung und auf Vertretung der verschiedenen Zivilisationsformen sowie der wichtigsten Rechtssysteme zu achten.

- (2) Die Mitglieder des Ausschusses werden in geheimer Wahl aus einer Liste von Personen gewählt, die von den Vertragsstaaten benannt worden sind. Jeder Vertragsstaat kann einen seiner eigenen Staatsangehörigen benennen.
- (3) Die erste Wahl findet sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt. Spätestens drei Monate

vor jeder Wahl fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Vertragsstaaten schriftlich auf, binnen zwei Monaten ihre Benennungen einzureichen. Er stellt sodann eine alphabetische Liste aller demgemäß benannten Personen unter Angabe der sie benennenden Vertragsstaaten auf und legt sie den Vertragsstaaten vor.

- (4) Die Wahl der Ausschussmitglieder findet auf einer vom Generalsekretär am Sitz der Vereinten Nationen anberaumten Sitzung der Vertragsstaaten statt. Auf dieser Sitzung, die beschlussfähig ist, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind, gelten diejenigen Bewerber als in den Ausschuss gewählt, welche die höchste Stimmenzahl und die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter der Vertragsstaaten auf sich vereinigen.

- (5) Die Ausschussmitglieder werden für vier Jahre gewählt. Jedoch läuft die Amtszeit von neun der bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder nach zwei Jahren ab; unmittelbar nach der ersten Wahl werden die Namen dieser neun Mitglieder vom Vorsitzenden des Ausschusses durch das Los bestimmt.
- (6) Die Wahl der fünf zusätzlichen Ausschussmitglieder findet gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 nach Ratifikation oder Beitritt des 35. Vertragsstaats statt. Die Amtszeit zweier der bei dieser Gelegenheit gewählten zusätzlichen Mitglieder läuft nach zwei Jahren ab; die Namen dieser beiden Mitglieder werden vom Ausschussvorsitzenden durch das Los bestimmt.
- (7) Zur Besetzung eines unerwartet verwaisten Sitzes ernennt der Vertragsstaat, dessen Sachverständiger aufgehört

hat, Mitglied des Ausschusses zu sein, mit Zustimmung des Ausschusses einen anderen Sachverständigen unter seinen Staatsangehörigen.

- (8) Die Ausschussmitglieder erhalten mit Zustimmung der Generalversammlung Bezüge aus Mitteln der Vereinten Nationen; die näheren Einzelheiten werden von der Generalversammlung unter Berücksichtigung der Bedeutung der Aufgaben des Ausschusses festgesetzt.
- (9) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt dem Ausschuss das Personal und die Einrichtungen zur Verfügung, deren dieser zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen bedarf.

Art. 18 Berichtswesen

- (1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Beratung durch den Ausschuss einen Bericht über die zur Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen Gesetzgebungs-, Gerichts-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen und die diesbezüglichen Fortschritte vorzulegen, und zwar
 - a) innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat und
 - b) danach mindestens alle vier Jahre und so oft es der Ausschuss verlangt.
- (2) In den Berichten kann auf Faktoren und Schwierigkeiten hingewiesen werden, die das Ausmaß der Erfüllung der in

diesem Übereinkommen vorgesehenen Verpflichtungen beeinflussen.

Art. 19 Geschäftsordnung und Vorstand des Ausschusses

- (1) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (2) Der Ausschuss wählt seinen Vorstand für zwei Jahre.

Art. 20 Sitzungen des Ausschusses

- (1) Der Ausschuss tritt in der Regel jährlich für höchstens zwei Wochen zur Prüfung der nach Artikel 18 vorgelegten Berichte zusammen.

- (2) Die Sitzungen des Ausschusses finden in der Regel am Sitz der Vereinten Nationen oder an einem anderen vom Ausschuss bestimmten geeigneten Ort statt.

Art. 21 Berichte des Ausschusses

- (1) Der Ausschuss berichtet der Generalversammlung der Vereinten Nationen jährlich durch den Wirtschafts- und Sozialrat über seine Tätigkeit und kann aufgrund der Prüfung der von den Vertragsstaaten eingegangenen Berichte und Auskünfte Vorschläge machen und allgemeine Empfehlungen abgeben. Diese werden zusammen mit etwaigen Stellungnahmen der Vertragsstaaten in den Ausschussbericht aufgenommen.

- (2) Der Generalsekretär übermittelt die Ausschussberichte der Kommission für die Rechtsstellung der Frau zur Kenntnisnahme.

Art. 22 Sonderorganisationen

Die Sonderorganisationen haben das Recht, bei Beratung der Durchführung derjenigen Bestimmungen dieses Übereinkommens vertreten zu sein, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen. Der Ausschuss kann die Sonderorganisationen bitten, Berichte über die Durchführung des Übereinkommens auf Gebieten vorzulegen, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen.

TEIL VI

VERFAHRENS-, FRIST- UND VERTRAGS- BESTIMMUNGEN UND AUFGABEN CEDAW- AUSSCHUSS

Art. 23 Vorrangige Geltung besserer nationaler Bestimmungen

Dieses Übereinkommen lässt zur Herbeiführung der Gleichberechtigung von Mann und Frau besser geeignete Bestimmungen unberührt, die enthalten sind

a) in den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder

b) in sonstigen für diesen Staat geltenden internationalen Übereinkommen, Verträgen oder Abkommen.

Art. 24 Verpflichtung zum Ergreifen und zur Umsetzung von Maßnahmen

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, alle Maßnahmen zu treffen, die auf nationaler Ebene zur vollen Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte erforderlich sind.

Art. 25 Zeichnung und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

- (2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.
- (3) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.
- (4) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zum Beitritt auf. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen..

Art. 26 Revision

- (1) Ein Vertragsstaat kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete

schriftliche Notifikation eine Revision dieses Übereinkommens beantragen.

- (2) Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschließt über etwaige hinsichtlich eines derartigen Antrags zu unternehmende Schritte.

Art. 27 Inkrafttreten

- (1) Dieses Übereinkommen tritt am 30. Tag nach Hinterlegung der 20. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.
- (2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der 20. Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es am 30. Tag nach

Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Art. 28 Vorbehalte

- (1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen nimmt den Wortlaut von Vorbehalten, die ein Staat bei der Ratifikation oder beim Beitritt anbringt, entgegen und leitet ihn allen Staaten zu.
- (2) Mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens sind unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig.
- (3) Vorbehalte können jederzeit durch eine diesbezügliche Notifikation an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zurückgenommen werden, der sodann alle

Staaten davon in Kenntnis setzt. Die Notifikation wird mit dem Tag ihres Eingangs wirksam.

Art. 29 Schiedsverfahren

- (1) Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens eine Streitigkeit, die nicht auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden kann, so wird sie auf Verlangen einer Partei zum Gegenstand eines Schiedsverfahrens gemacht. Können sich die Parteien innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Antrags auf ein Schiedsverfahren über dessen Ausgestaltung nicht einigen, so kann eine Partei die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof vorlegen, indem sie einen Antrag im Einklang mit dessen Statut stellt.

- (2) Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifikation des Übereinkommens oder seines Beitritts dazu erklären, dass er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden ansieht. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen derartigen Vorbehalt angebracht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.
- (3) Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 angebracht hat, kann diesen jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurücknehmen.

Art. 30 Authentische Sprachen

Dieses Übereinkommen, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut

gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

KURZINFO: DAS FAKULTATIVPROTOKOLL

Mit dem Fakultativprotokoll sind 1999 zwei Kontrollmechanismen als Rechtsbehelfe eingeführt worden, durch die einzelfallspezifische Verletzungen der UN-Frauenrechtskonvention vom CEDAW-Ausschuss überprüft werden können:

- Mit dem **Individualbeschwerdeverfahren** können Individuen oder Personengruppen Verletzungen der Konvention durch einen Vertragsstaat gegenüber dem CEDAW-Ausschuss geltend machen. Voraussetzung dafür ist, dass der nationale Rechtsweg ausgeschöpft, und die Beschwerde nicht bereits in einem anderen internationalen Untersuchungsverfahren geprüft worden ist. Bei einer zulässigen Beschwerde fordert der CEDAW-Ausschuss den Vertragsstaat zu einer Stellung-

nahme auf und prüft anschließend, ob eine Verletzung des Übereinkommens vorliegt. Ist dies der Fall, richtet der Ausschuss in seiner Entscheidung Handlungsempfehlungen an den Staat. Die Empfehlungen des Ausschusses sind zwar nicht rechtlich bindend, der Vertragsstaat muss sich aber mit ihnen auseinandersetzen und schriftlich auf sie antworten.

- Der CEDAW-Ausschuss kann zudem **Untersuchungsverfahren** gegen Vertragsstaaten durchführen, wenn zuverlässige Informationen über systematische oder schwerwiegende Verletzungen der Konvention in diesem Staat vorliegen. Der Ausschuss gibt nach der Untersuchung eine Bewertung ab und richtet gegebenenfalls Handlungsempfehlungen an den betreffenden Staat. Auch darauf muss dieser schriftlich reagieren.

WEITERFÜHRENDE QUELLEN UND LINKS

- [Webseite der CEDAW-Allianz Deutschland](#)
- [Materialsammlung der CEDAW-Allianz Deutschland](#)
- [Handbuch des BMFSFJ \(2. Auflage 2023\)](#)
[„Mit RECHT zur Gleichstellung!“](#)
- [Der CEDAW-Ausschuss \(englisch\)](#)
- [Die Allgemeinen Empfehlungen \(englisch\)](#)
- [Das Fakultativprotokoll im Wortlaut](#)

DIE CEDAW-ALLIANZ

In der CEDAW-Allianz Deutschland engagieren sich über 30 zivilgesellschaftliche Organisationen mit vielfältiger Fachexpertise für die Umsetzung der UN-Frauenrechtskonvention CEDAW in Deutschland. Die Allianz beobachtet Bund, Länder und Kommunen kritisch bei der Anwendung der Frauenrechtskonvention und wirkt auf allen Ebenen am Staatenberichtsverfahren mit, u.a. durch Alternativberichte und mündliche Eingaben. Diese Informationen aus der Zivilgesellschaft dienen dem CEDAW-Ausschuss der UN zur Beurteilung des Regierungshandelns und tragen so erheblich dazu bei, die Umsetzung voranzutreiben. Als zentrale zivilgesellschaftliche Akteurin verbreitet die Allianz Wissen über die Frauenrechtskonvention und ermöglicht einen stetigen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft.

KONTAKT



www.cedaw-allianz.de



kontakt@cedaw-allianz.de



CEDAW-Allianz Deutschland



@cedaw_allianz

Die CEDAW-Allianz Deutschland befindet sich in Trägerschaft des Deutschen Frauenrat e.V.



CEDAW ALLIANZ
DEUTSCHLAND



DEUTSCHER
FRAUENRAT

